

In der NFÖ fühlen wir uns diesen Werten besonders verpflichtet:
Neutralität - Direkte Demokratie - Eigenstaatlichkeit.

Neutrales Freies Österreich
www.nfoe.at
07-09/2008 / Nr. 22

Wählt keine Österreich-Zerstörer!



Liebe Leser !

Bei den Wahlen im Herbst 2008 wird die NFÖ nicht auf dem Wahlzettel stehen.

Den Entschluß nicht zu kandidieren hat das zuständige Kollegialorgan, der Bundesvorstand, **schweren Herzens** gefasst, nachdem in einer Blitzumfrage unter annähernd 300 NFÖ-Sympathisanten die Zusagen für Arbeitsleistungen und finanzielle Unterstützung nicht ausreichten, um eine erfolgreiche Wahlwerbung zu gewährleisten.

Das ist eine nüchterne Feststellung und bestimmt kein Vorwurf an unsere Sympathisanten und Aktiven, von denen wir zur Urlaubszeit nur einen kleineren Teil erreichen konnten. Die überfallsartige Ankündigung des Herbst-Wahltermins und des damit zusammenhängenden Stichtags stellte unsere Organisation

und unsere Mitarbeiter vor eine unüberwindbare Hürde.

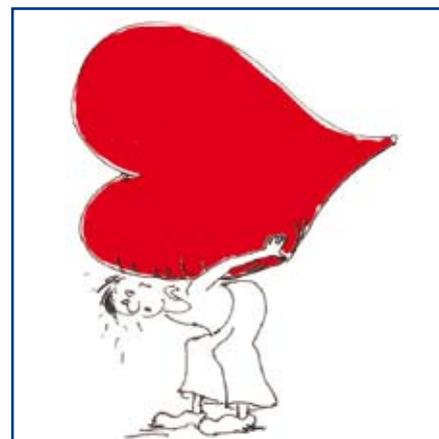
In der NFÖ haben wir keine bezahlten, hauptberuflichen Angestellten und es gibt niemanden, der einen 1,5 Millionen Kredit aufzunehmen bereit wäre, wie es der ehem. AK-Präsident Fritz Dinkhauser machen konnte. Freilich, weil im Hintergrund entsprechende Haftungen übernommen wurden, wie er in einem Zeitungsinterview offen zugab.

Geprüft wurde auch die Möglichkeit einer Plattformbildung mit anderen nicht im Parlament vertretenen, wahlwerbenden Gruppierungen.

Es stellte sich leider heraus, dass die Differenzen in der programmatischen Ausrichtung und im politischen Stil oder die fehlende Handschlag-Qualität eine Zusammenarbeit unmöglich machen.

Auch wenn wir zu dieser NR-Wahl nicht antreten, werden wir selbstverständlich **für die Ziele, „Österreichs Selbstbestimmung“, „Neutralität“, „Direkte Demokratie“ und Österreichs „EU-Austritt“ weiter kämpfen.**

Zur Frage des Einreichtermins der „Schachtschneider-Verfassungsklage“, um die wir uns als Plattform-Organisation bemühen: Sie



Schweren Herzens haben wir den Beschluss gefasst, nicht zur NR-Wahl anzutreten.

wird nach dem NR-Wahltermin eingereicht um sie aus dem Wahlkampf herauszuhalten. Alle Österreicher sollen sich mit ihr identifizieren können.

In diesem Zusammenhang möchte ich allen Spendern unserer Baustein-Aktion, aber auch jenen, die uns großzügig halfen, den allgemeinen Verwaltungsaufwand finanziell zu bewältigen, sehr herzlich danken. Danke für Ihren Dienst an Österreich!

*Ihr Dipl.-Ing. Rudolf Pomaroli
Bundesobmann*

Handschlag-Qualität erreichbar?



Inhalt:

- Infos zu Wahlen S. 1/2
- Denkkzettel S. 3
- SPÖ-Schwenk S. 3
- Lesermeinungen S. 3/4
- Positives, Erfreuliches S. 4/5
- Gesundheitstourismus S. 6
- Zukunftsgespräche S. 6
- Impressum S. 6

„Rettet Österreich“ will keinen EU-Austritt

Bei der kommenden NR-Wahl kann leider keine Partei gewählt werden, die einen Austritt Österreichs aus der EU anstrebt. Das ist ein äußerst bedauernswerter Umstand, denn allein ein Austritt aus der EU würde bewirken, dass Österreich über seine eigenen Belange wieder frei und selbstbestimmt entscheiden kann.

Allgemeine EU-Kritik und Kritik am EU-Vertrag von Lissabon, wie das z. B. die Gruppierung „Rettet Österreich“ macht, ist nur ein **Herumkratzen an Symptomen**. An der politischen Grundausrichtung und am Vorgehen der EU, auch gegenüber Österreich, wird das nichts ändern. Egal, ob mit oder ohne Vertrag, die EU wird weiterhin wie bisher über die Nationalstaaten drüberfahren und sie von innen aushöhlen, sie wird weiterhin wie bisher neoliberalistische Wirtschaftspolitik mit Sozialdumping betreiben, sie wird weiterhin wie bisher an der Seite der USA weltweit die Kriegsschalmeyen blasen (die wichtigsten und die neuen EU-Staaten sind zugleich NATO-Mitglieder, was ja kein Zufall ist).

Die „Rettung Österreichs“ ist nur durch einen Ersatz unserer EU-Mitgliedschaft durch bilaterale Verträge möglich.

Mitgliedschaft kettet uns auf Gedeih und Verderb ohne wirkliche Mitbestimmungsrechte an die EU, bilaterale Verträge, wie sie z.B. auch die Schweiz hat, gewährleisten - entsprechendes Verhandlungsgeschick natürlich vorausgesetzt - unseren österreichischen Bedürfnissen und Interessen angepassten Handlungsspielraum.

Dass jetzt so eine Gruppierung wie „Rettet Österreich“ auftaucht, ist natürlich auch kein Zufall. Den Machern des „europäischen Integrationsprozesses“ und der Globalisierung ist die gerade in letzter Zeit anschwellende EU-Ablehnung Österreichs nicht entgangen. Dem musste entgegengearbeitet werden. Und was ist leichter, als so eine noch ungefestigte, politische Bewegung zu spalten, mit Hilfe der Medien in die genehmere Richtung zu dirigieren und abhängig zu machen? Nichts Neues unter der Sonne. Unsere Sache ist das jedoch nicht. Die Forderung nach dem Austritt Österreichs aus der EU ist und bleibt für uns die Nagelprobe echten und ehrlichen EU- und Globalisierungswiderstands. (nos)

EU-Austrittswunsch – Tendenz steigend!

Bis Mitte des Jahres 2008 sprachen sich österreichweit bereits mehr als doppelt so viele Bürger für einen EU-Austritt aus (33%) als noch 2004 (16%). Das hat eine IFES-Umfrage ergeben.

Übrigens, in Tirol haben diesen Wunsch im Dezember 2007 sogar 45 Prozent aller Bürger geäußert. (Quelle: TT, 22.12.2007)

Soll Österreich aus der EU austreten?

Jahresdurchschnittswerte in Prozent aller österreichischen, wahlberechtigten Bürger, die Ja sagten. (Quelle: ÖGFE)



„Seit dem Beitritt zur EU treibt Österreich dem Abgrund zu. Die Politiker und Industrie leben im Luxus wie noch nie. Auch das Volk den „Fortschritt“ spürt, indem es immer ärmer wird.“

Maria Iwanek, Wien

Wählen können, heißt Einfluss nehmen können



Wer nicht zur Wahl geht, kann damit überhaupt nichts beeinflussen, erleichtert den Großparteien das Erreichen eines Nationalratsmandats und fördert

deren Wahl-Position.

Eine große Anzahl ungültiger Stimmen, zeigt offene Kritik an der Arbeit der Politiker, aber den Wahlerfolg der Großparteien fördert sie ebenso wie das Nichtwählen. Deftige Sprüche auf den Wahlzettel zu schreiben, mag vielleicht die Wahlhelfer irritieren, die Verantwortlichen erreichen sie mit Sicherheit nicht.

Wem also die Stimme geben?

Nur einer Partei oder Liste, die nachweislich die nationalen Interessen der Republik Österreich und seiner Staatsbürger vertritt (nicht Konzern-Interessen mit Hilfe des EU-Molochs), die Wähler nicht belogen, betrogen und öffentliche Ämter als Selbstbedienungsladen missbraucht hat. Das wird auch die anderen Parteien geneigter machen, mehr den Bürgeranliegen zu entsprechen.

Adolf Kriechhammer



„Denk-Zettel“

Wir sollen nicht schimpfen über die Parteien und deren Macht-Mißbrauch, besser lassen wir sie von Anfang an in unserem Land nicht so mächtig werden.

An die erste Stelle kommt der Souverän, die Gesamtheit des Stimmvolkes.

Die Regierung des Landes ist die Exekutive, das ausführende Organ. Die Entscheidungsgewalt bleibt beim Souverän. Bedenken sollten wir den Fall, wenn die Parteien im Lauf der Jahre das Land und das Volk dominieren und ausschließlich beherrschen wollen und somit ihren Wort-Ursprung „vergessen“. Ihr Name kommt vom französischen Wort „partie“, vom „Teil“.

Wo doch das Volk herrschen soll? Nein, falsch, das Volk braucht nicht zu herrschen, sagt Hans-Jakob Rousseau. Nicht herrschen? - Nein, denn wenn das Volk selbst der Souverän ist, sagt er, braucht es keine Herrschaft, es kann nicht über sich selbst herrschen. Demokratie heißt nicht Volksherrschaft, sondern Volksmacht.

Zur **Meinungsbildung** muß jedes politische Thema von **a l l e n** Seiten beleuchtet werden. Keine Meinung darf belächelt, gering-geschätzt oder gar schlecht gemacht werden.

Auch dürfen sich die Stimmbürgerinnen nicht durch Meinungen der Parteien leiten lassen. Sie müssen für die Abstimmung eine **e i g e n e** Meinung entwickeln.

Macht mir nicht die Parteien schlecht, sie sind schon recht in einem Land **mit Demokratie**, wo die Macht vom Volk ausgeht!

BESSER SELBST REGIEREN, STATT GUT REGIERT WERDEN! Siegfried Eder

SPÖ-Schwenk – Einsicht oder Wählertäuschung?

Bedingt durch die miserablen Umfragewerte zeigt die SPÖ-Spitze plötzlich Volksnähe und verspricht eine Volksabstimmung über den Lissabon-Vertrag, sollte er in einer geänderten Fassung den EU-Staaten noch einmal zur Ratifizierung vorgelegt werden.

Doch kann eine Partei für sich Glaubwürdigkeit beanspruchen, die einen Knebelungsvertrag mit Ermächtigungs- und Flexibilitätsklauseln (Art. 33 EUV und Art. 308 VAU) prinzipiell gutheißt, womit nationale Parlamente von wesentlichen Entscheidungen in der Wirtschafts- und Währungspolitik, der Innenpolitik, des Verbraucherschutzes und der Sozialpolitik, sowie der Verkehrs- und Justizpolitik fern gehalten werden? Und, wenn sie, noch dazu verspätet, eine Volksabstimmung beschwört. **Die NFÖ sagt Nein!**

Und im Übrigen, die ehrenwerte Union ist ein erklärter Feind einer echten Bürgerbeteiligung, das weiß Faymann & Co genau. Daher bleibt der SPÖ gar nichts anderes übrig, als sich den Wünschen der Brüsseler Zentralisten auch in Zukunft unterzuordnen. Und was ist das anderes als **Österreich-zerstörerisch!**



Einheitsware – hergestellt im EU-Raum

Die ersten EU-Etiketten tauchen bereits in den Kaufhäusern auf.

Ein sichtbarer Hinweis, dass die EU alles daran setzt, die nationalen Kennzeichnungen (z.B. unser Made in Austria) verschwinden zu lassen.

Mit der Ausrede einer angestrebten Gleichbehandlung aller EU-Exportwaren, scheint Brüssel jede Darstellung nationaler Identität abwürgen zu wollen.



Lesermeinungen

Zehn Gebote für eine zukünftige Regierung

1. Du sollst an das Kleinod Österreich glauben und nicht an ein großes Reich.
2. Du sollst wissen, dass die österreichische Hauptstadt Wien und nicht Brüssel heißt.
3. Du sollst Österreich als eigenständige Republik und nicht als europäische Kolonie anerkennen.
4. Du sollst das Wort „Republik“ auf deinen Lippen führen und wieder auf die österreichischen Briefmarken drucken.
5. Du sollst den österreichischen Mittelstand nicht töten.
6. Du sollst keine Homo-Ehen einführen.
7. Du sollst kein falsches Zeugnis ablegen gegen dein eigenes Volk.
8. Du sollst nicht begehren deiner Steuerzahler letztes Gut.
9. Du sollst nicht begehren einen Versorgungsposten in Brüssel.
10. Du sollst für deinen Chef, das österreichische Volk, freudig und erfolgreich arbeiten!



Maria Klingler, Kirchdorf / Tirol

Kein Grund zum Jubeln!

Langsam hängt mir das Gejubel zum Hals heraus. Die, die so viel Grund dazu sehen, wohnen in bewachten Villen und haben sicher kaum etwas zu befürchten.



Hier wird doch der Fuchs in den Hühnerstall hereingebeten!

Was hilft es, wenn die neuen EU-Grenzen nun gut bewacht werden, wenn die Gefahr doch aus dem EU-Raum selbst droht.

Der Umstand, dass die „hohen Herren“ die Tatsache leugnen, dass Österreich für die weit östlich gelegenen Länder schon seit längerer Zeit ein Selbstbedienungsladen für Diebe ist, macht die Sache ja deswegen nicht weniger wahr!

Es wäre interessant, inwieweit der Kriminaltourismus bei den Beitrittsverhandlungen überhaupt ein Thema war. Oder

war das zu peinlich und wurde deshalb schamhaft unter den Tisch gekehrt? Die Wirtschaft wird auch dadurch angekurbelt, dass man gestohlene Sachen wieder beschaffen muss! Genügt es nicht, dass diese

Länder von unseren Steuergeldern erhalten werden?

Die Jubler – vom Bundespräsidenten abwärts – sollten einmal die Durchschnitts-Bevölkerung zu diesem Thema befragen, aber das wollen sie ja wahrscheinlich gar nicht wissen.

Wenn man boshaft wäre, würde man den abgehobenen Befürwortern der offenen Grenzen direkt wünschen, dass sie auch einmal Opfer wären. Aber die werden ja auf Kosten der Normalsterblichen bestens bewacht.

Helga Maurer, Wien

„Jeder, der die Gewalt zu seiner Methode gemacht hat, muss zwangsläufig die Lüge zu seinem Prinzip wählen.“

*Alexander Solschenyzin, Schriftsteller
† am 3. 8. 2008
in seiner Heimat Russland)*

Inflation, Teuerung und hohe Armut!

Der Wirtschaft geht es gut. Die Manager verdienen schließlich astronomische Summen. Beim Ausscheiden bekommen sie zudem Millionenabfertigungen. Die erwerbstätigen Arbeiter/-innen hingegen treten an der Stelle. 600 bis 1100 Euro Monatseinkommen bei einer 40 Stunden Woche ist zum Sterben zu viel und zum Leben zu wenig. Dieses prekäre Einkommen hatten wir schon vor über 20 Jahren, nur hatte es eine höhere Kaufkraft.

Damit eine Familie mit 2 Kindern halbwegs leben kann, braucht sie ein Einkommen von mindestens 2200 Euro netto!

Tatsächlich liegt der Durchschnitt der unteren Familieneinkommen nur bei 1500 Euro. Ein Einkommen ist nur dann gut, wenn 10% gespart werden können. Ein „Notgroschen“ für Anschaffungen, wenn

etwas kaputt geht oder eine Pensionsvorsorge gemacht werden kann. Wer kann das heute noch behaupten, dass das gelingt? Die Teuerung frisst unser Einkommen vollends auf und es ist zu befürchten, das der Abwärtstrend sich fortsetzt.

In einem Jahr sind die Preise für Brot um bis zu 20%, Milchprodukte bis 28%, Obst bis 45%, Gemüse bis 80%, Heizöl um bis zu 30% teurer geworden, um einmal die allernotwendigsten Haushaltskosten herauszugreifen! Obwohl es geheißsen hat, dass durch die Liberalisierung der Strom und das Gas billiger werden, stieg z.B. der Strompreis in den letzten Jahren um bis zu 27%. So sieht die Wahrheit aus.

Wo kann man diese Teuerung ausgleichen? Die Einkommen sind in den letz-

ten Jahren ja nur um 1, 5 bis 3,3% gestiegen.

Die verlautbarte Inflation (Kaufkraftschwund des Geldes) hat bis zum Juli 2008 bereits 3,8% erreicht. Die tatsächliche Inflation für Mindesteinkommensbezieher liegt bestimmt um das Doppelte höher.

Laut Statistik sind in Österreich 460.000 Menschen arm und 570.000 armutsgefährdet. Tatsächlich sind es wesentlich mehr, denn z.B. Familien mit 2 Kindern und einem Nettoeinkommen von 1600 Euro sowie Einzelpersonen bis 900 Euro sind nicht einbezogen. Das heißt es gibt bis zu 2 Millionen armutsgefährdete Menschen in Österreich. Also ein Viertel aller Einwohner.

*Karl Halmann,
Obmann MoAiÖ
(Menschen ohne Arbeit in Österreich)*

Woher kommt die exorbitante Teuerungswelle?

Jene Ursache, die von unseren verantwortlichen Politikern meist verschwiegen wird:

Die Geldpolitik ist die wahre Ursache der Teuerung und der Finanzkrise.

„Die derzeit wichtigsten Wirtschaftsprobleme gehen auf die gleiche Ursache zurück: **die Geldpolitik der Notenbanken.** Heute werden viele Gründe angeboten, **doch ohne Mitwirkung**

der Geldpolitik kämen Finanzkrise und Inflation nicht zustande. Die Geldmenge im Euro-Gebiet steigt seit 2004 immer rascher, von vier auf zwölf Prozent pro Jahr! Sonstige Begründungen sind nicht schlüssig.“

Das stellt der unabhängige und österreichweit anerkannte Sozialökonom und Währungsexperte

Univ.-Prof. Dr. Karl Socher fest (Die Presse, 6.5.2008)

Auf einen einfachen Nenner gebracht heißt das für uns: Mit der eigenen Währung könnte die Bundesregierung der Inflation und Teuerung wirksam gegensteuern.

Und wie ließe sich der Schilling wieder einführen? **Am sichersten durch den EU-Austritt!**

Staatspräsident verzichtet auf sein Gehalt



Präsident F. Lugo

Paraguay hat seit dem 15. August einen neuen Staatspräsidenten. Fernando Lugo, ein 57-jähriger ehemaliger Bischof gewann als extremer Außenseiter die Wahl am 20. April 2008.

Der Präsident versprach bei der Antrittsrede nach seiner Vereidigung im Parlament, verstärkt für die Armen zu arbeiten. Mehr als ein Drit-

tel der Bevölkerung leidet in diesem süd-amerikanischen Land unter der Armut. Als Beweis der Ernsthaftigkeit seiner Aussagen, kündigte Präsident Lugo an, auf sein Präsidentengehalt zu verzichten. „Ich brauche das Geld nicht, es gehört den Armen“, meinte der 57-jährige Präsident, den eine sozialistische Plattform aufgestellt hatte.

Wäre dieses Beispiel für HP Heinz Fischer oder den künftigen Bundeskanzler nicht nachahmenswert?

Großer Dank an das irische Volk

Irland hat in seiner Abstimmung am 12. Juni den Knebelungsvertrag von Lissabon gestoppt. Am Verfassungsvertrag der „ehrenwerten“ Union müssen nun zumindest Änderungen vorgenommen werden. Das bedeutet einen zeitlichen Aufschub und neue Chancen für die Widerstandsbewegungen in allen EU-Ländern.

Gen-Klage gegen Monsanto gewonnen

Gen-Klage gegen Monsanto gewonnen. Als der kanadische Landwirt Percy Schmeiser, im Jahr 2005 Monsanto-Rapspflanzen auf seinen Feldern fand, benachrichtigte er den Chemiekonzern Monsanto und verlangte, dass er die Pflanzen entferne.

Monsanto bestätigte, dass es sich tatsächlich um Roundup Ready-Raps handelt. Da laut Urteil dieser Raps ja Eigentum von Monsanto war, ließ Schmeiser den Raps professionell entfernen und schickte die Rechnung an Monsanto.

Nachdem der Gen-Konzern, nicht bereit war, die Rechnung über 660 Dollar zu bezahlen, verklagte Schmeiser diesen. Schließlich stellte Monsanto die Bedingung, dass Schmeiser eine Schweigevereinbarung über die Sache zu unterzeichnen hätte, die ihm und seiner Frau für den Rest ihres Lebens das Recht entzogen hätte, jemals über den Fall öffentlich zu sprechen oder Monsanto wegen Kontamination ihrer Ernte in Zukunft vor Gericht zu belangen. Schmeiser lehnte ab. Eine Stunde vor



Bienensterben:
Wegen Genverschmutzung?

der Gerichtsverhandlung hat Monsanto dann sämtliche Forderungen Schmeisers akzeptiert und die Verantwortung für die Verschmutzung auf Schmeisers Feldern eingeräumt. Das Eingeständnis Montantos öffnet nun betroffenen Landwirten auf der ganzen Welt den Weg für Schadenersatzforderungen an Monsanto. (Quelle: www.percyschmeiser.com)

WUSSTEN SIE . . . ?

Apothekensterben?

Der Europäische Gerichtshof (EuGH) wird voraussichtlich ab 2010 mehr Wettbewerb im Apothekenbereich vorschreiben. Fachleute befürchten, dass dann Apotheken fusioniert oder von größeren „geschluckt“ werden und Arznei-Großhändler Arznetketten aufbauen werden.

Scheingleichheit im Gesundheitstourismus

Brüssel plant ab 2009 eine neue EU-Richtlinie für einen „offenen Gesundheitsmarkt“. Das lässt in Österreich die Wogen hochgehen. Bürger sollen eine Behandlung in einem anderen Mitgliedsland stets nach den Sätzen ihrer heimischen Krankenversicherung bezahlt bekommen. Bisher ist das nur bei Reisen, Arbeitsaufenthalten und in Notfällen vorgesehen. Die Österreichische Ärztekammer und der Hauptverband der Sozialversicherungsträger warnen vor finanziellen Belastungen für Österreich – **auch deshalb, weil Österreich als das EU-Land mit dem besten Gesundheitssystem gilt.**

Wie mühsam es bereits jetzt ist, Kosten von ausländischen Versicherungsträgern einzutreiben, illustriert der Finanzreferent der Österreichischen Ärztekammer Othmar Haas: „Dem Vernehmen nach bestünden bereits jetzt über die stationäre Pflege von italienischen Staatsbürgern in Österreich aushaftende Forderungen an die staatliche italienische Krankenversicherung von 14 Millionen Euro“. Haas warnt daher vor „untragbaren finanziellen Belastungen“ durch die neue EU-Regelung.

Ähnlich sieht das der Hauptverband der Sozialversicherungsträger. „Das Problem für Sozialversicherung und Steuerzahler entsteht, wenn Patienten aus EU-Staaten nicht als Notfälle, sondern gezielt zu Behandlungen nach Österreich kommen“, meint Pressesprecher Dieter Holzweber. Bei zehn Euro Selbstbehalt pro Spitalstag müsse der Steuerzahler auch die „Gastpatienten“ abdecken. Quelle: DIE PRESSE, Juli 2008

Einladung



NFÖ- Zukunftsgespräche über Programme - Wahlen - Visionen in Puchberg am Schneeberg Pension Bruckerhof

10. bis 12. Oktober 2008

ABLAUF:

FREITAG, 18.00 Uhr: Eintreffen, gemeinsames Essen
20.00 Uhr: vorbereitende Gespräche für die Bundes-Versammlung

SAMSTAG, 9.00 - 18.00 Uhr: **Ao. Bundesversammlung**
für Mitglieder; Tagesordnung folgt. (Gäste sind willkommen!)

SONNTAG: Familienfreundliches Programm - Gemütliche Zahnrad-
Bahnfahrt auf den Schneeberg, Wanderungen, Besichtigungen, etc.

Genauere Informationen und Anmeldungen bei:

Gerald Grüner, Tel: 01-6679060 oder 0650-4065409, Fax: 01-6679061,
Email: gerald.gruener@gruenerchemie.at oder buendnis@nfoe.at

In eigener Sache

Wenn Sie, lieber Leser, verehrte Leserin, die Arbeit der NFÖ unterstützen wollen, so haben Sie viele Möglichkeiten. Kontaktieren Sie uns bitte!

Falls Sie beiliegend in unserem Nachrichtenblatt einen Erlagschein finden, so sehen Sie darin bitte keine versteckte Verpflichtung, wenngleich wir offen gestehen, dass finanzielle Zuwendungen für unsere Arbeit gerade im Hinblick auf die hohen Druck- und Portokosten eine große Hilfe wären. Wir erhalten keinen Cent aus Steuermitteln oder öffentlichen Fördertöpfen.

Bitte Adressenänderung frühzeitig bekanntgeben